

## Antrag

**der Abgeordneten Annalena Baerbock, Oliver Krischer, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden, Harald Ebner, Matthias Gastel, Kai Gehring, Stephan Kühn (Dresden), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### Die Zeit ist reif für den Kohleausstieg

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die globale Klimakrise erfordert es, die Energieversorgung grundlegend neu aufzustellen. Klimabedingte Katastrophen wie Dürren, Überschwemmungen, Stürme und Hitzewellen nehmen weltweit zu – das drängt zum entschlossenen Handeln. Dies haben die Staaten der Erde im Pariser Klimaabkommen im Dezember 2015 bestätigt und verbindlich vereinbart, die globale Erhitzung auf deutlich unter 2° C zu begrenzen. Deutschland selbst hat 2015 im Rahmen seiner G7-Präsidentschaft die Dekarbonisierung – und damit das Ziel einer kohlenstofffreien Wirtschaft – verankert.

Deutschland jedoch droht, sein eigenes Klimaziel für 2020 zu verpassen, zumal 2016 die Treibhausgasemissionen sogar wieder angestiegen sind. Das nationale Klimaschutzziel sowie die Verpflichtung aus dem Pariser Klimaabkommen können nur erreicht werden, wenn jetzt ein schrittweiser und planvoller Ausstieg aus der Kohleverstromung eingeleitet wird. Wenn jetzt nichts getan wird, hat Deutschland bereits 2025 das zur Verfügung stehende CO<sub>2</sub>-Budget (rund 4 Gt im Stromsektor bei 10 Gt insgesamt) aufgebraucht. Gerade die in den heutigen Kohleregionen wohnenden Menschen, die Unternehmen und deren Beschäftigten brauchen vor allem eins: Planungssicherheit.

Die Kohlenutzung war nach dem Zweiten Weltkrieg der Motor für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Doch bereits seit Jahrzehnten nimmt diese Bedeutung kontinuierlich ab: von 650.000 Beschäftigten zu Beginn der 1960er Jahre sind heute noch knapp 30.000 in Stein- und Braunkohle übrig. Mit dem Auslaufen der Steinkohleförderung wird sich diese Zahl 2018 noch einmal um ein Viertel reduzieren. Der anstehende Abschied von der Kohleverstromung ist insofern der letzte Baustein eines langen Prozesses.

Energiewirtschaftlich gehören Kohlekraftwerke zu den Überresten aus der alten Energiewelt. Sie sind unflexibel, klimaschädlich und gefährden die Gesundheit der Menschen. In einem modernen, auf Umweltschutz und erneuerbaren Energien basierenden

Stromsystem ist kein Platz für die Kohle. Das zeigt sich vor allem darin, dass die Energiewirtschaft selbst ihre Zukunft inzwischen ohne Kohlekraftwerke plant. Zugleich gilt es, die massiven Überkapazitäten im deutschen Strommarkt zu reduzieren.

Der Kohleausstieg braucht einen breiten gesellschaftlichen Diskurs. Dies soll und kann durch den Dialog mit Gewerkschaften, Industrie, Energiewirtschaft, Umweltverbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen erreicht werden. Darüber hinaus bedarf es der Unterstützung der betroffenen Regionen. Im Rheinischen Revier haben sich neue Unternehmen außerhalb des Kohlesektors etabliert. In der Lausitz gründen sich Netzwerke, um eine Zukunft ohne Kohle vorzubereiten. Diese Ansätze sollten gezielt gefördert werden, um die Reviere zu Modellregionen für den Kohleausstieg zu machen.

Der Rückzug aus der Kohle aus Klimaschutzgründen ist weltweit zu beobachten. Erneuerbare Energien boomen weltweit. Die Investitionen haben sich innerhalb von zehn Jahren auf weltweit 350 Mio. US-Dollar versiebenfacht; zudem sind die Investitionen in Erneuerbare-Energien-Anlagen inzwischen höher als jene in fossile Anlagen. Gleichzeitig kehren immer mehr Regierungen der Kohle den Rücken. Großbritannien hat den Kohleausstieg bis 2025 angekündigt. Die Niederlande haben vor einigen Monaten den Kohleausstieg beschlossen, Frankreich will schon 2023 das letzte Kohlekraftwerk abschalten. Zuletzt sank der weltweite Kohleverbrauch. Der größte Kohleverbraucher weltweit, China, will bis 2020 die Kohleförderung um ein Drittel zurückführen. Zudem wurde dort ein Baustopp für 30 Kohlekraftwerke verhängt.

Deutschland kann nicht gleichzeitig Energiewendeland sein und Kohleland bleiben. Es sollte sich vielmehr an die Spitze der globalen Entwicklung setzen und endlich den Strukturwandel in der Energiewirtschaft weg von der klimaschädlichen Kohle verbindlich einleiten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

aus dem Pariser Klimaabkommen, den Überkapazitäten im deutschen Strommarkt und dem weltweit zu beobachtenden Strukturwandel in der Energieversorgung die logische Konsequenz zu ziehen und jetzt die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für einen verlässlichen Ausstieg aus der Kohleverstromung zu schaffen.

Dazu soll sie im Einzelnen

1. dem Deutschen Bundestag ein Kohleausstiegsgesetz vorlegen, in dem unter anderem folgende Sachverhalte geregelt werden:
  - die Einführung von CO<sub>2</sub>-Budgets für alle fossilen Kraftwerke. Diese sollen sich zunächst an der Jahresemission eines modernen Gaskraftwerks orientieren und dazu führen, dass noch vor 2020 rund 20 besonders klimaschädliche Kohlekraftwerksblöcke stillgelegt werden, was einer Einsparung von etwa 90 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> entspricht,
  - die Budgets bzw. die entsprechenden CO<sub>2</sub>-Minderungsziele sollen im Verlauf entsprechend der im Pariser Abkommen vereinbarten Klimaverpflichtungen dynamisch angepasst werden, begleitend dazu werden Überwachungs- und Monitoringprozesse aufgesetzt,
  - ein Verbot für die Errichtung neuer Kohlekraftwerke,
  - ein Verbot für neue Tagebaue, Enteignungen und Umsiedlungen,
  - die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fonds, in den die in den Unternehmen vorhandenen Rückstellungen zur Haftung für Sanierung und Rekultivierung im Braunkohletagebau übertragen werden;

2. noch im laufenden Jahr eine pluralistisch zusammengesetzte Kohleausstiegskommission einsetzen, die das Ausstiegskonzept gemäß der klimapolitischen Verpflichtungen in einem breiten gesellschaftlichen Dialogprozess begleitet, die Kernelemente des Ausstiegs diskutiert und konkretisiert;
3. die immissionsschutzrechtliche Privilegierung der Kohleverstromung aufheben, die Einhaltung von strengen Emissionsgrenzwerten für krebserzeugende Stoffe sicherstellen und einen Fahrplan zur Umsetzung der Minamata-Konvention zu Quecksilber vorlegen;
4. einen vom Bund und den betroffenen Ländern betreuten regionalen Fonds einrichten, um die Strukturentwicklung in den Braunkohlerevieren zu stärken und neue wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven zu schaffen;
5. einen nationalen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis, möglichst in Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten, einführen und sich auf EU-Ebene nachdrücklich dafür einsetzen, die aktuell rund 2 Mrd. überschüssigen CO<sub>2</sub>-Zertifikate zu löschen und die im Zuge des nationalen Kohleausstiegs freiwerdenden Zertifikate auf nationaler Ebene ebenfalls zu löschen.

Berlin, den 25. April 2017

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

## Begründung

Der Klimaschutz bietet enorme Chancen für die ökologische Transformation unserer Wirtschaft. Längst ist global ein Wettbewerb um zukunftsfähige und klimaverträgliche Technologien ausgebrochen. Deutschland war mit dem Atomausstieg und dem frühzeitigen Einstieg in die erneuerbaren Energien lange Zeit Vorreiter für eine globale Energiewende. Doch diese Position geht mehr und mehr verloren, vor allem weil die Bundesregierung es versäumt hat, den Anteil klimaschädlicher Kohle im Stromsektor deutlich zu verringern. Immer noch werden gut 40 Prozent des Stroms in Deutschland aus Kohle erzeugt. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Kraftwerkparcs lag deshalb auch 2016 noch bei gut 300 Mio. Tonnen, das entspricht einem Drittel der nationalen CO<sub>2</sub>-Gesamtemission.

Diese energie- und klimapolitisch widersprüchliche Politik hat dazu geführt, dass sich unser Land zurzeit de facto zwei Stromversorgungssysteme leistet. Zum einen die „Neue Stromwelt“, die auf dem Finanzmechanismus des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) basiert und inzwischen rund 100.000 MW installierter Wind-, Solar- und Biomasseleistung umfasst. Sie kann an verbrauchsarmen Tagen bereits annähernd genug Strom für alle erzeugen. Zum anderen existiert parallel dazu weiterhin die „Alte Stromwelt“ mit ihrem Rest an Atomkraftwerken, gut 100 großer Stein- und Braunkohlekraftwerke sowie den ergänzenden Gaskraftwerken. Sie reicht mit ihrer Spitzenkapazität von fast 80.000 MW im Prinzip alleine aus, um Deutschland mit Strom zu versorgen.

Es ist ein Gebot der ökonomischen Vernunft, den Widerstreit der beiden Stromwelten zu überwinden. Denn beide Systeme müssen sich über die Strompreise, also auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher, refinanzieren. Schon um die Versorgung bezahlbar für alle zu halten, müssen wir möglichst bald beide Systeme zu einem in sich konsistenten Energieversorgungssystem zusammenführen. Die Energiewende sollte sich folglich darauf konzentrieren, das zu fördern, was wir für die neue Stromwelt brauchen. Das Erbe der alten Stromwelt sollte dagegen Schritt für Schritt abgeschaltet werden. Das ist die nächste große energiepolitische Aufgabe, die vor uns liegt.

Der Strukturwandel in der Energieversorgung und der Einzug neuer, oftmals digitaler Technologien bieten wachsende Möglichkeiten für eine sichere Stromversorgung ohne Großkraftwerke. So kann die schwankende Wind- und Solarstromerzeugung künftig immer verlässlicher durch kleinere, effiziente und flexibel einsetzbare Gas- und Biogas-Kraftwerke sowie zunehmend auch von Speichern abgesichert werden. Die vielen, dezentral eingesetzten Anlagen werden über ein leistungsfähiges Stromnetz miteinander verbunden, das den Strom schnell und effizient vom Erzeugungs- zum Verbrauchsort transportiert. Strombedarf und -erzeugung werden über eine intelligente Steuerung jederzeit und an jedem Ort zielsicher aufeinander abgestimmt.

In diesem umweltfreundlichen und flexiblen System gibt es keinen Platz für klimaschädliche Kohlekraftwerke. Sie sind zu unflexibel, um auf den schnell wechselnden Strombedarf reagieren zu können. Der Ausstieg aus Atom und Kohle ist folglich nicht nur umweltpolitisch richtig und machbar. Er stärkt zudem Deutschland als Innovationsstandort für Technologien und Dienstleistungen im Energiesektor.

Ungeachtet der wirtschaftlichen und klimapolitischen Potenziale darf der Kohleausstieg kein politischer Alleingang werden. Daher ist von Beginn an auf Planbarkeit, Transparenz und einen breiten gesellschaftlichen Diskurs zu achten. Besonderes Augenmerk ist auf die betroffenen Menschen in den Kohleregionen zu legen. Bund und die betroffenen Länder sollten die Gestaltung des erforderlichen Strukturwandels als gemeinsame Zukunftsaufgabe verstehen und entsprechend über einen Fonds auch finanziell fördern.